

Wirtschaftsklima NRW: „frostig“!

Wirtschaftspolitischer Vergleich der vier größten Bundesländer

Juni 2003

Bayern
Baden-Württemberg
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen



Steinbrücks und Schröders kalter Winter: Wirtschaftsklima NRW: „frostig“!

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne würde ich in unserem regelmäßig aufgelegten **Wirtschaftspolitischen Ländervergleich** Erfolge zu vermelden wissen. Schon im vergangenen Jahr kritisierten wir das Unvermögen dieser Landesregierung, Wachstum und Beschäftigung am Wirtschaftsstandort NRW zu stimulieren und den notwendigen Strukturwandel endlich anzupacken.

Damals war es noch Wolfgang Clement, der die Menschen in unserem Land mit Ankündigungen und Prestigeprojekten hinhielt, statt echte Wirtschaftspolitik zu betreiben. Nun ist es sein ehe-



Hartmut Schauerte MdB

maliger Finanzminister Steinbrück – schon damals der Herr der Haushaltslöcher und Finanzlücken – der mit der hausgemachten Misere fertig werden muss.

Nordrhein-Westfalen verliert in vielen Bereichen immer mehr den Anschluss an die vergleichbaren westlichen Bundesländer. Wie schon in 2001, so auch in 2002 schnitt unser Land erneut schlechter ab, als unsere Mitbewerber bei Investitionen und Arbeitsplätze.

Ein kalter konjunktureller und politischer Winter war dabei zu überstehen. Die wirtschaftlichen Daten zeigten im vergangenen Jahr durchweg nach Unten. In NRW jedoch führte der Handlungsstillstand der rot-grünen Politik zu einer regelrechten Rezession.

Seien es die realen Wachstumszahlen, die Arbeitslosigkeit oder die öffentlichen Haushalte:

NRW steht kurz vor dem Gefrierpunkt. Wird nicht schnell gehandelt, so wird das früher so erfolgreiche Industrieland NRW in eine wirtschaftliche Eiszeit schliddern.

Die Erkenntnis ist da. 10.000 demonstrierende Handwerker, Bauleute und Mittelständler, die zu Beginn dieses Jahres gegen die rot-grüne Politik in Düsseldorf protestierten, die Wirtschaftsforschungsinstitute und viele andere Fachleute warnen vor den Folgen des Reformstaus, auch und vor allem in NRW. Sie alle hoffen auf Tauwetter und gründlichen Klimawechsel!

Düsseldorf im Juni 2003

Hartmut Schauerte, Landesvorsitzender

Inhalt

1. Wirtschaftswachstum	4 – 6	3. Insolvenzen	15 – 16	7. Exporte	20
– Das Bruttoinlandsprodukt in 2002	4 – 5	– Insolvenzverfahren	15	– Außenhandel nach Bundesländern	20
– Steigerung des BIP 1995 – 2002	6	– Insolvenzhäufigkeit	16		
2. Arbeitsmarkt	7 – 14	4. Selbstständigkeit	17	8. Innovation und Technologie	21 – 22
– Arbeitslosigkeit März 2003	7	– Selbstständigenquote	17	– Patentanmeldungen in 2002	21
– Arbeitslosigkeit 2002/2003	8			– Anteile der Länder an Patenten	22
– Arbeitslosenquoten im Jahres-		5. Ausbildungsplätze	18	– Patentanmeldungen	
durchschnitt 2002	9	– Rot-Grünes Ausbildungsloch		pro Einwohner 2000 – 2002	22
– Beschäftigung in 2001	9	März 2003	18		
– Offene Stellen 2002	9 – 10			9. Was Deutschland nötig hat	23
– Arbeitsvermittlung in 2002	11	6. Öffentliche Verschuldung	19		
– Jugendarbeitslosigkeit	12	– Schuldenstand	19	10. Impressum	24
– Ausländerarbeitslosigkeit	12				
– Arbeitslosenquoten	12				
– Arbeitslosigkeit der Über-55jährigen	13				
– Arbeitslosengeld und -hilfe	14				

1. Wirtschaftswachstum

Das Bruttoinlandsprodukt BIP in 2002

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bedingt ebenso die staatliche Handlungsfähigkeit wie die persönlichen Lebenschancen der Menschen in unserem Land.

Seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten, hinkt NRW beim Bruttoinlandsprodukt, dem maßgeblichen Indikator für Wirtschaftswachstum, hinter unionsgeführten Flächenländern her.

Doch trotz des schlechten Abschneidens Nordrhein-Westfalens in der Vergangenheit: Kein Jahr war so schlecht in Sachen Wirtschaftswachstum wie 2002.

Das Versagen der rot-grünen Landesregierungen unter Clement und Steinbrück in diesem Jahr waren trauriger Höhepunkt der miserablen Wach-

tumsbilanz der sozialdemokratisch geführten Regierungspolitik in Nordrhein-Westfalen nach dem Krieg.

Nordrhein-Westfalen steckt in einer Rezession! Als einziges Land unseres Vergleiches musste NRW ein Schrumpfen der wirtschaftlichen Leistung in 2002 hinnehmen.

Mit -0,2% erreichte das BIP im vergangenen Jahr den schlechtesten Wert seit 10 Jahren und einen der schlechtesten seit Bestehen unseres Bundeslandes.

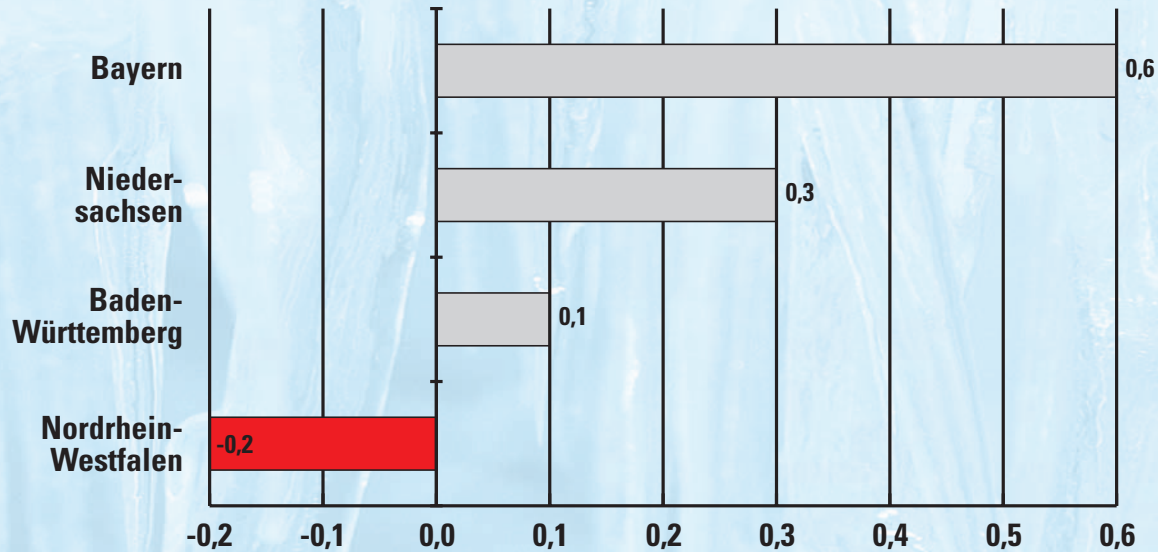
Andere Bundesländer haben erfolgreicher gegen den eisigen Wirtschaftswind aus Berlin und die konjunkturelle Schwäche angekämpft. Das unionsgeführte Bayern nimmt dabei erneut eine Spitzenstellung ein und kann immerhin ein Wachstum von 0,6% vorweisen. Das liegt deutlich über dem Bundesschnitt von 0,2%.

Betrachtet man Gesamtdeutschland und vergleicht man unionsgeführte und sozialdemokratisch geführte Bundesländer, so wird die höhere Wirtschaftskompetenz von CDU und CSU wieder einmal deutlich.

Im Durchschnitt schneiden CDU- und CSU-regierte Länder (0,35%) beim Wachstum erheblich besser ab als SPD-geführte (0,1%). Gemeinsam mit Berlin (-0,7%) erweist sich NRW auch unter den heute sozialdemokratischen Bundesländern als einer der Sitzenbleiber. Mit -0,2% belegt unser Land einen der letzten Plätze in der Länderliga.

Wer kein Wachstum schafft, der wird weder den Arbeitsmarkt in den Griff bekommen, noch die öffentlichen Haushalte. Diese einfache Wahrheit will die SPD in Düsseldorf und in Berlin nicht begreifen. Resultat ist die anhaltende Wirtschaftskrise und ein eisiger Wind für die Menschen in unserem Land.

**Veränderung des Bruttoinlandsproduktes in 2002 gegenüber dem Vorjahr in %
(in Preisen von 1995, 2. Fortschreibung)**



Steigerung des BIP 1995 – 2002

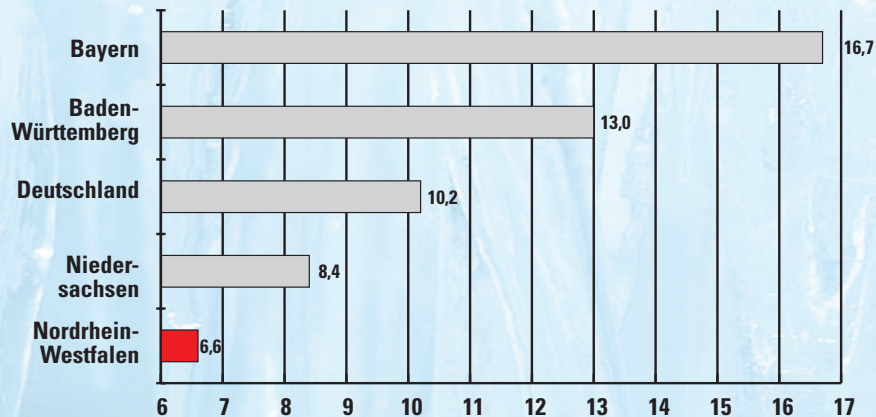
Nordrhein-Westfalen verliert massiv an Boden! So lautet die Bilanz des vergangenen Jahrzehnts sozialdemokratischer und grüner Regierungspolitik in NRW.

Schon häufig mussten wir ein Hinterherhinken beim langfristigen Bruttoinlandsprodukt beobachten. Nun jedoch wird deutlich, dass die Lücke noch weiter wächst.

„Konnte Bayern seit 1995 seine Wirtschaftskraft um 16,7 % steigern, so erreichte Rot-Grün in NRW nur jämmerliche 6,6 % (basierend auf Preisen von 1995). Der Abstand von 10,1% zum süddeutschen Konkurrenten ist blamabel. Das gesamte Wachstumsloch hat sich zwischenzeitlich auf über 342 Milliarden Euro summiert. Diese zusätzliche wirtschaftliche Leistung hätte NRW generieren können, wäre es seit 1995 genauso gewachsen wie Bayern.

Im Schnitt waren dies etwa 43 Milliarden fehlendes Wachstum pro Jahr: Wirtschaftlicher Zwergenwuchs, den die Sozialdemokraten zu ver-

**Prozentualer Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 1995 bis 2002 in %
(in Preisen von 1995)**



antworten haben“. Dabei gleitet NRW zunehmend in die Rezession ab und die Werte verschlechtern sich gegenüber dem Vorjahr sogar noch. Dieser

Trend muss gestoppt werden. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen rutscht ab, statt festen Halt zu finden und Rot-Grün tut nichts dagegen!

2. Arbeitsmarkt

Ein trübes Frühjahr: Arbeitslosigkeit März 2003

Die vielsagendste Stimmungsanalyse in Handwerk, Mittelstand und Wirtschaft sind die aktuellen Arbeitslosenzahlen. Und da sieht es in NRW trübe aus.

Im März waren 905.821 Menschen in unserem Bundesland arbeitslos. Das sind knapp 100.000 mehr als im Vorjahresmonat und damit eine Steigerung von 12,3% in nur einem Jahr. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen verzeichnet damit eine der höchsten jährlichen Arbeitslosigkeitszuwächse in der Nachkriegsgeschichte.

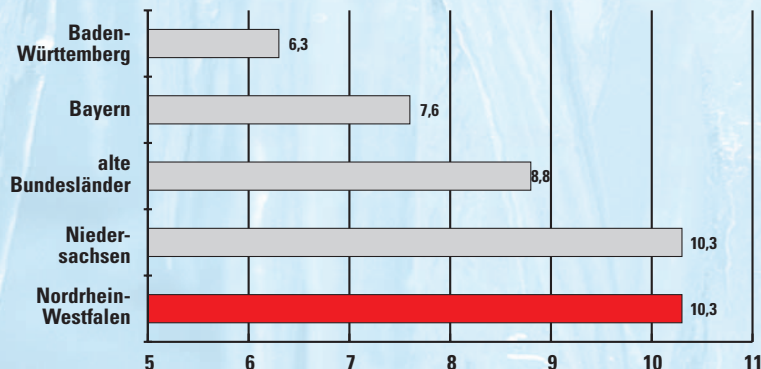
An dieser schlechten Lage in NRW und im gesamten Bundesgebiet ist neben dem blassen Ministerpräsidenten Steinbrück auch der ehemalige Landesfürst Clement beteiligt. Seine Wirtschaftspolitik zeigt keine Erfolge, seine Reformvorhaben stecken in der Sackgasse und sein Durchsetzungs-

vermögen – innerparteilich und gegenüber den Verbänden und Gewerkschaften – ist auf nordrhein-westfälischem Wirtschaftswachstumsniveau angekommen. Bei der miserablen gesamtdeutschen Wirtschaftslage ist auch eine Frühjahrserholung fast überall ausgeblieben. Lediglich Bayern konnte gegenüber dem Vormonat 5,1% weniger Ar-

beitslose verzeichnen. Niedersachsen und Baden-Württemberg folgen mit -3,8% respektive -1,4%.

Nordrhein-Westfalen ist wieder einmal Schlusslicht: Bei nur 1% weniger Arbeitslosen von Februar auf März 2003 ist bei uns in diesem Jahr die Frühjahrserholung faktisch komplett ausgefallen.

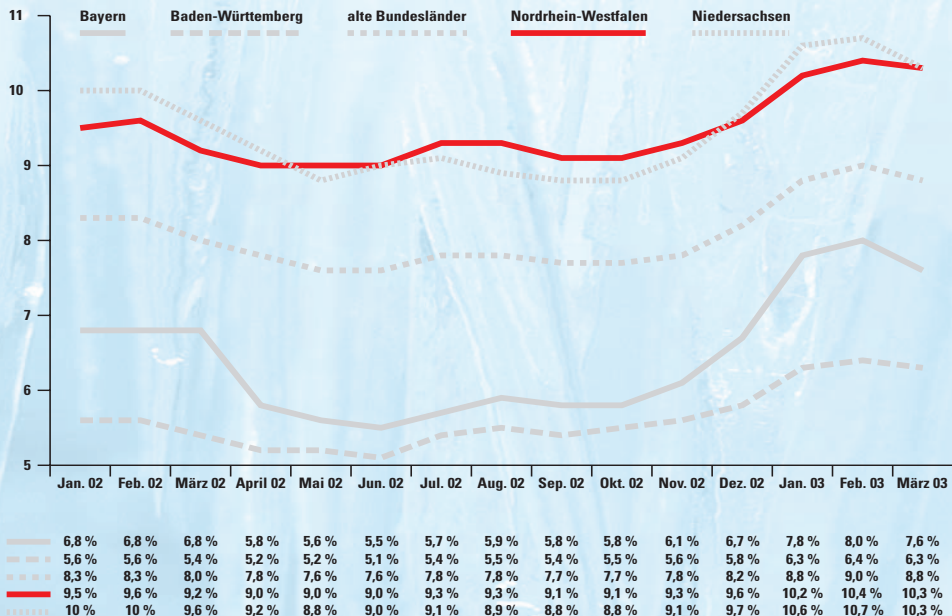
Arbeitslosenquote (in %) bezogen auf alle Erwerbspersonen im März 2003



Arbeitslosigkeit 2002/2003 – Kein Aufholen in Sicht!

NRW leidet darunter, 2,5-3% höhere Arbeitslosenquoten als Bayern und sogar 3,5-4% höhere als Baden-Württemberg zu haben. Im vergangenen Jahr jedenfalls war von einem Aufholen unseres an wirtschaftlichen Potentialen so reichen Landes keine Spur zu entdecken. Der Abstand bleibt, ja er wächst sogar wieder. Dabei macht der neue Ministerpräsident keine bessere Figur als sein Vorgänger. Seit dem Amtsantritt Steinbrücks steigerte sich zum Beispiel die Arbeitslosigkeitslücke von NRW zu Baden-Württemberg von 3,6% (Oktober 2002) kontinuierlich auf 4% im März diesen Jahres. Und auch Niedersachsen – seit kurzem erst unionsregiert – zieht mit NRW seit einem halben Jahr zum ersten Mal wieder gleich. Mit immer noch beunruhigenden 10,3% zieht das Land des Ministerpräsidenten Wulff gleich mit NRW und verbessert sich um 0,4%, wogegen NRW nur -0,1% bei der Arbeitslosigkeit vorzuweisen hat. Ein Silberstreif am Horizont für die Menschen im Norden.

Arbeitslosenquote (in %) Januar 2002 bis März 2003 (Ländervergleich)



Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2002

Vergleicht man das arbeitsmarktpolitische Abschneiden der vier größten westdeutschen Bundesländer im vergangenen Jahr, so wird die strukturelle Beschäftigungslücke, die wir in NRW der jahrzehntelangen sozialdemokratischen Misswirtschaft zu verdanken haben, noch deutlicher.

Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in 2002 in NRW 9,2%. Das waren 0,4% mehr als im Vorjahr. In Niedersachsen betrug der Durchschnittswert ebenfalls 9,2%. Damit schneiden die beiden in diesem Jahr sozialdemokratisch regierten Bundesländer gleich schlecht ab. In den unionsgeführten süddeutschen Bundesländern dagegen betrug der Wert 5,4% (Baden-Württemberg) respektive 6,0% (Bayern).

Damit beweisen die Ministerpräsidenten Teufel und Stoiber erneut, dass bessere Politik im Verantwortungsbereich von CDU und CSU dauerhaft niedrigere Arbeitslosigkeit bedeutet.

Beschäftigung in 2001

Es stellt sich die Frage: Was tut unsere Landesregierung, um Arbeitsplätze zu schaffen? Wie schon festgestellt sind deutliche Wachstumsimpulse, die wichtigste Voraussetzung für mehr Beschäftigung, nicht zu vermelden. Betrachtet man die aktuellsten Zahlen zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (2001), so wird klar, Rot-Grün schafft eher weniger Arbeit. Von 2000 auf 2001 sank in Niedersachsen die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sogar um 0,7%. Dass Herkunftsland des Bundeskanzlers verlor damit fast 16.000 Arbeitsstellen in nur einem Jahr. In NRW stieg sie lediglich um 0,4%. Dort wo die Union regiert, sind bessere Zahlen zu sehen: Bayern legte um 1,5% und Baden-Württemberg um 1,3% zu.

Offene Stellen 2002

Nicht nur, dass Rot-Grün in NRW zu wenig neue Beschäftigung schafft, auch die Zahl der of-

fenen Stellen hinkt weit hinterher. Das schlechte Wirtschaftsklima in Nordrhein-Westfalen hindert auch Unternehmer daran, neue Arbeitsplätze zu schaffen und zu melden.

In Nordrhein-Westfalen kommen auf 100.000 Einwohner lediglich 496 offene gemeldete Stellen bei den Arbeitsämtern. Angesichts dieser bedrohlichen Verknappung von freien Stellen sind auch bei besserer Vermittlung wenig Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu erwarten.

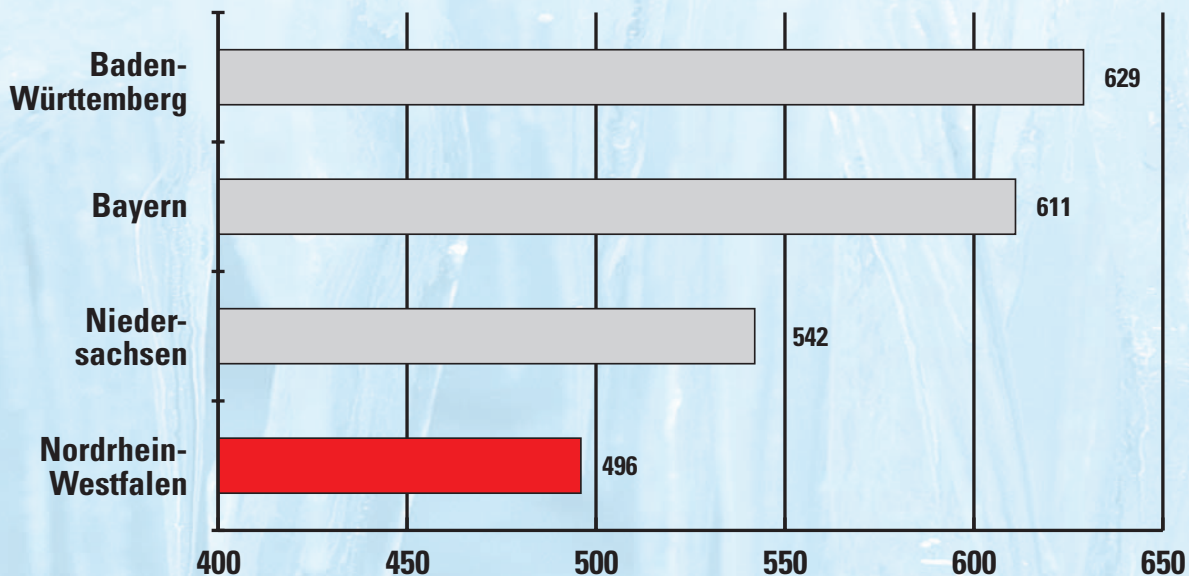
Der monatliche Bestand an durchschnittlich 89.707 offenen Stellen in 2002 ist im Vergleich zum Vorjahr sogar um 15,5% gesunken. Von 2001 auf 2002 schrumpfte die Zahl der offenen Stellen um 16.490 – ein arbeitsmarktpolitisches Desaster.

In Niedersachsen standen 542 offene Stellen pro 100.000 Einwohner zur Verfügung, in Bayern 611 und in Baden-Württemberg gar 629.

Dies ist ein Vertrauensbeweis der Arbeitgeber in die unionsgeführte Wirtschaftspolitik trotz miserablen Rahmenbedingungen durch die bundesdeutsche Regierungspolitik.

**Gemeldete offene Stellen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern in 2002
(monatlicher Durchschnitt)**

Stichtag Einwohnerzahlen: 30. 6. 2002



Arbeitsvermittlung in 2002

Vorab muss betont werden: Arbeitsvermittlung ist wichtig. Ohne Wachstum nutzt allerdings die beste Vermittlung nichts!

Die Konzepte der Hartz-Kommission zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung in Deutschland wären ein hilfreicher Beitrag zur Diskussion um notwendige Reformen gewesen, wären sie tatsächlich 1:1 umgesetzt worden. Gleichzeitig waren sie aber auch ein Ablenkungsmanöver der rot-grünen Bundesregierung von den wirklichen Problemen unserer Wirtschaft und vom eigenen Versagen der Schöder-Administration.

Mit Florian Gerster und Wolfgang Clement sollte in der bundesdeutschen Arbeitsvermittlung und in der Effizienz der Bundesanstalt für Arbeit alles besser werden.

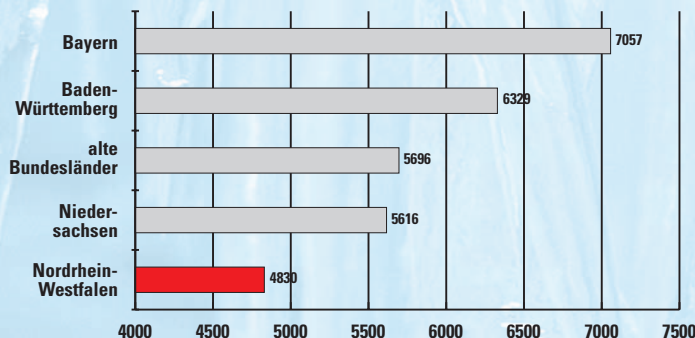
Nichts davon ist zu entdecken: Die defizitäre Lage der Bundesanstalt unter Johannes Gerster ist offensichtlich und der Reformprozess der Arbeits(ams)bürokratie kommt nicht voran. Das Bauernopfer Gerster durch den notleidenden Bundes-

kanzler ist abzusehen. Eine Erkenntnis jedenfalls bleibt. Dort, wo sie bessere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen antrifft, dort hat auch die Bundesanstalt für Arbeit bessere Ergebnisse aufzuweisen. Errechnet man die durchschnittliche Vermittlungszahl pro 100.000 Arbeitslosen nach Bundesländern in Jahr 2002, so wird deutlich: In unionsgeführten Bundesländern wird erfolgreicher vermittelt.

In NRW kamen monatlich im Schnitt nur 4.830 Vermittlungen auf 100.000 Arbeitslose. Niedersachsen erreichte 5.616 Vermittlungen. In Bayern dagegen waren dies mit 7.057 und in Baden-Württemberg mit 6.329 deutlich mehr.

Auch bei der Arbeitsvermittlung bildet NRW wieder einmal das Schlusslicht. Die arbeitslosen Menschen in unserem Land zahlen die Zeche.

Arbeitsvermittlungen pro 100.000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2002



Jugendarbeitslosigkeit

Schon oft wurde die Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen als eines der drückendsten Probleme von uns herausgestellt. Trotz leichter Verbesserungen unter hohem finanziellem Aufwand ist auch hier die Lage noch unbefriedigend.

Im Ländervergleich steht Nordrhein-Westfalen mit 10% immer noch an der Spitze bei der Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-jährigen. Niedersachsen folgt mit 9,9%, Bayern mit 8,3% und Baden-Württemberg mit nur 6,4% in dieser Gruppe. Klar bessere berufliche Zukunftschancen für junge Menschen gibt es dort, wo die Union regiert.

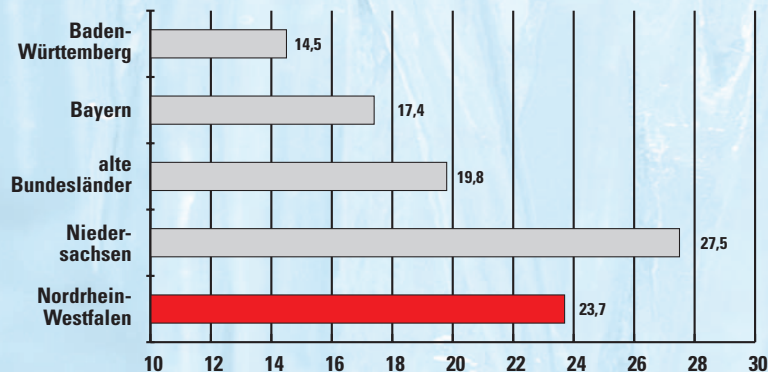
Ausländerarbeitslosigkeit

Dort, wo eine hohe Dichte von ausländischer Mitbürger und große Arbeitslosigkeit zusammenkommen, entsteht sozialer Sprengstoff. Das hat man bei der Union erkannt und man hat reagiert.

Wo die Union regiert, dort wird etwas getan, um solchem sozialen Sprengstoff vorzubeugen. Ein Instrument hierzu ist die dauerhafte Bekämpfung der Ausländerarbeitslosigkeit. Diese schwierige Aufgabe zu meistern, gelingt dabei augenscheinlich der CDU und CSU besser als den Sozialdemokraten. In Baden-Württemberg (14,5%) betrug die Arbeitslosenquote im März diesen Jahres bei dieser Grup-

pe nur etwa die Hälfte der in Niedersachsen (27,5%). Und Bayern schneidet mit 17,5% deutlich besser ab als NRW (23,7%). Eine Erblast für den neuen Ministerpräsidenten Christian Wulff in Niedersachsen, die Gabriel und Schröder ihm hinterlassen haben. Gleichzeitig aber auch eine enorme Herausforderung, die er in Hannover im Interesse der Wirtschaft und der Sicherheit anpacken wird.

Arbeitslosenquote bei Ausländern März 2003



Arbeitslosigkeit der Über-55-Jährigen

Gerade die Lage älterer Arbeitnehmer ist in der Debatte um die Reform der Arbeitslosenversicherung und der sozialen Sicherungssysteme eine der wichtigsten Problempunkte.

Statistisch erfasst die Bundesanstalt für Arbeit „aufgrund fehlender Bezugsgrößen“ keine länderspezifische Quote für diese Gruppe, wie sie es für Jugendliche, Frauen, Männer, Ausländer usw. tut. Wir haben uns trotzdem die Zahlen und die Umstände etwas genauer angesehen.

Im März 2003 waren in NRW 125.161 Arbeitslose über 55 Jahre und älter. In Niedersachsen waren dies 52.489. In Bayern 70.007 und in Baden-Württemberg 50.945. Damit sind etwa 13 – 14 % der Arbeitslosen dieser Altersgruppe zuzuordnen. Die länderspezifischen Unterschiede sind gering.

Insgesamt ist in den vergangenen Jahren statistisch auch eine fallende, aber dennoch über-

proportionale Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Altersgruppen festzustellen.

So war in den alten Bundesländern im September 2002 eine Arbeitslosigkeit der über 55jährigen von 18,5 % zu verzeichnen.

Noch 1999 betrug diese 21,9 %. Zurückzuführen ist dies allerdings auf zu beobachtende Tendenzen in Bereich der Zugänge, demografische Gründe sowie eine verstärkte Nutzung von Frühverrentungsmöglichkeiten und Altersteilzeit.

Die aktuellen Pläne der Regierung zur Verkürzung der Bezugsdauer auf 18 Monate treffen jedoch nicht in erster Linie die 55 – 60jährigen. Deren durchschnittlich vorliegende Arbeitslosigkeit liegt unter der geplanten maximalen Bezugszeit.

Trotzdem muss beachtet werden, dass auch andere Gründe (z.B. Krankheit) eine verstärkte Rolle beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben spielen und es muss vorsichtig vorgegangen werden.

Die Beschäftigungsquote Älterer ist in Deutschland jedenfalls im Vergleich mit dem Ausland eher gering. Eine Tatsache, die bei guter medizinischer Versorgung, ein hohes unausgeschöpftes Beschäftigungspotential vermuten lässt.

Auch die niedrige Quote der Abgänge aus Altersarbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit in den alten Bundesländern stimmt skeptisch. Diese liegt im Alter 55 – 60 bei nur ca. 23 %, danach bei nur noch 6 %.

Wir dürfen in unserem Land die Vermittlung von älteren Arbeitslosen nicht vernachlässigen. Weder unser Sozialsystem noch unser Arbeitsmarkt können auf diese Menschen verzichten, auf ihre wertvollen Leistungen für unsere Gesellschaft.

Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

Die Haushaltslage aller öffentlichen Verwaltungen ist schlecht, die Bundesländer stöhnen unter Kostenverschiebungen des Bundes und Aus-sicht auf Besserung ist fern.

Bürger in Arbeit sind nicht nur unabhängiger, sondern sie bringen dem Staat und den Sozialsystemen Einnahmen, statt ihnen Ausgaben zu bescheren.

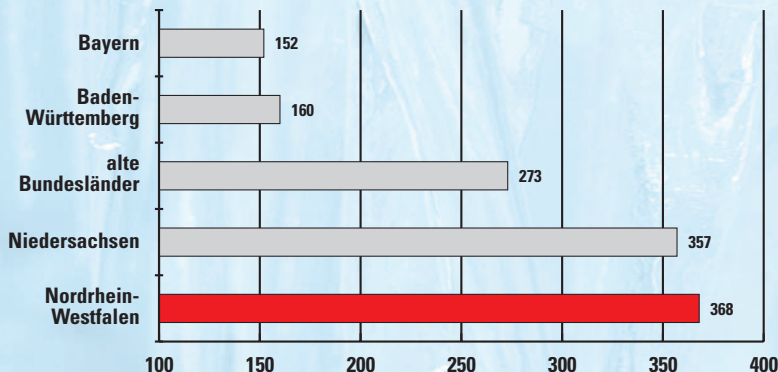
Die Ausgaben für die Leistung Arbeitslosengeld lag pro abhängiger ziviler Erwerbsperson im Jahr 2002 in Niedersachsen bei 667 €, in Nordrhein-Westfalen bei 662 €, in Bayern bei nur noch 651 € und in Baden-Württemberg bei lediglich 515 €. Noch größer ist der Abstand der unionsgeführten Länder bei der Arbeitslosenhilfe, was auf die deutlich bessere Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zurückzuführen ist. 152 € (Bayern) und 160 € (Baden-Württemberg) liegen dort massiv unter den Ausgaben in Niedersachsen (357 €) und NRW mit 368 €. Niedrigere Ausgaben beim Arbeitslosengeld entlasten die Arbeitslosenversicherung,

niedrigere Ausgaben bei der Arbeitslosenhilfe die öffentlichen Haushalte.

Die in der SPD innerparteilich so heiss debattierten Änderungen bei Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe unter dem Schlagwort „Arbeitslosengeld II“ jedenfalls sind noch lange nicht Wirklichkeit. Auch dann ist zu befürchten, dass bürokratischer

Aufwand sowie Kontroll-, Regelungs- und Ausnahmentatbestands-wut der rot-grünen Regierungen aus der geplanten Reform ein Reförmchen werden lassen. Dort wo die Union regiert ist eines jedenfalls sicher. Hier liegen die Ausgaben schon heute niedriger. Und das wegen guter, wachstumsorientierter Politik!

Ausgaben Arbeitslosenhilfe (brutto) pro abhängiger ziviler Erwerbsperson 2002 (in €/Jahr)



3. Insolvenzen

Arbeitslosigkeit trifft immer mehr Menschen in unserem Bundesland. Selten zuvor wurde den vielen Angestellten, Arbeitern und Selbstständigen in unserem Land deutlicher vor Augen geführt, dass man selbst auch nicht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder seines Unternehmens gefeit ist. Zuviele Bekannte im eigenen Umfeld hat es bereits getroffen.

Gerade im Mittelstand müssen wir hilflos mit ansehen, wie langjährige Geschäftspartner aufgeben und alteingesessene Unternehmen den Konkurs bekannt geben müssen.

Noch vor einem Jahr nannte man den Kanzler „Pleitekanzler“, Gabriel und Clement mussten enorm hohe Zahlen von Unternehmenszusammenbrüchen eingestehen.

Nichts hat sich daran geändert. Nur: Nun ist Clement bundesweit für Pleiten, Pech und Pannen verantwortlich!

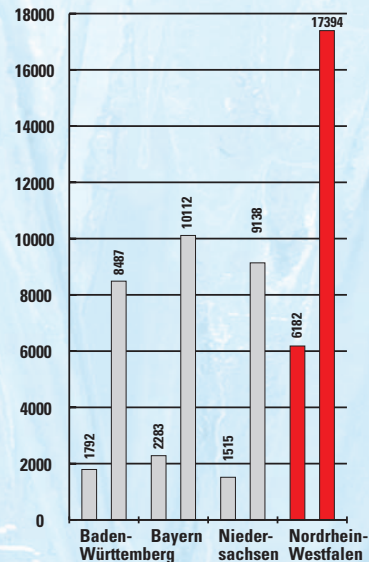
Gesamtzahl der Insolvenzverfahren

Von 2001 auf 2002 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Nordrhein-Westfalen von 6.574 auf 9.370. Das ist ein Plus von 42,5%.

Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen verdoppelte sich. Insgesamt wurden in NRW 17.394 Insolvenzverfahren eröffnet. Die Summe der Forderungen alleine betrug etwa 13 Milliarden Euro. Der gesamtwirtschaftliche Schaden liegt noch viel höher.

Der Vergleich zu unionsgeführten Ländern legt das Versagen von Rot-Grün offen. In Bayern betrug die Insolvenzzahl der Unternehmen in 2002 2.283 und in Baden-Württemberg 1.792. Der Anstieg in diesen beiden unionsgeführten Ländern betrug 18,9 (Bayern) beziehungsweise 23,6% (Baden-Württemberg) und damit nur etwa die Hälfte der Zuwachszahl Nordrhein-Westfalens (42,5%). Auch in der Konjunkturflaute kann somit die Pleitewelle zumindest gebremst werden, es sei denn die Wirtschaftspolitik versagt so massiv, wie unter Rot-Grün in NRW.

**Insolvenzverfahren 2002
(Unternehmen / Insgesamt, inkl. Privatinsolvenzen)**



Insolvenzhäufigkeit

Der Abstand zwischen unionsgeführten und sozialdemokratisch bestimmten Bundesländern wird noch deutlicher, vergleicht man die Anzahl der Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen. Diese so genannte Insolvenzhäufigkeit zeigt klar den wirtschaftspolitischen Kompetenzvorsprung der Union.

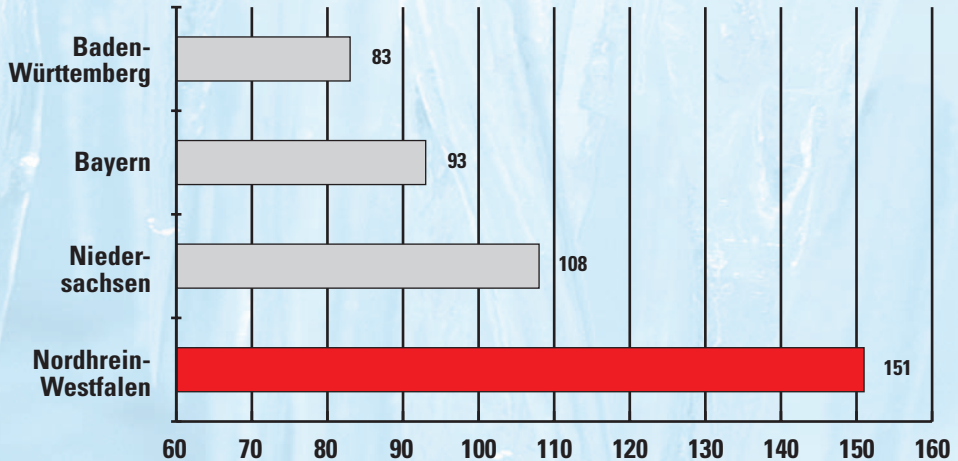
In Baden-Württemberg betrug die Insolvenzhäufigkeit lediglich 83 Firmenpleiten pro 10.000 Unternehmen.

In Bayern waren dies 93. Niedersachsen erreichte in der Pleitenstatistik einen Wert von 108 im Jahre 2002.

Nordrhein-Westfalen dagegen behauptet mit einer Insolvenzquote von 151 den traurigen Rekord unter allen westdeutschen Bundesländern. Kein anderes Land schneidet schlechter ab.

NRW ist ein weiteres Mal Schlusslicht und die Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, haben erneut die Folgen rot-grüner Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen zu tragen.

Insolvenzhäufigkeit 2002 (Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen)



4. Selbstständigkeit

Es sind die Unternehmer und die Wirtschaft, die Arbeitsplätze schaffen – nicht der Staat und nicht die Politik!

Gerade bei hoher struktureller Arbeitslosigkeit schlägt es sich negativ nieder, wenn nur wenige Menschen in einem Land beruflich auf eigenen Füßen stehen wollen und können. Es sind die selbstständigen Unternehmer in kleinen und mittleren Betrieben, die abhängig sind von gutem wirtschaftlichem Klima und vernünftigen Rahmenbedingungen. Sie sind es auch, die das Gros unserer Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Selbstständigenquote

Deutschland hat im Vergleich zu unserern weltweiten Konkurrenten eine eher niedrige Selbstständigenquote. Liegt sie anderenorten oftmals bei 20 %, so dümpelt die Kultur der Selbst-

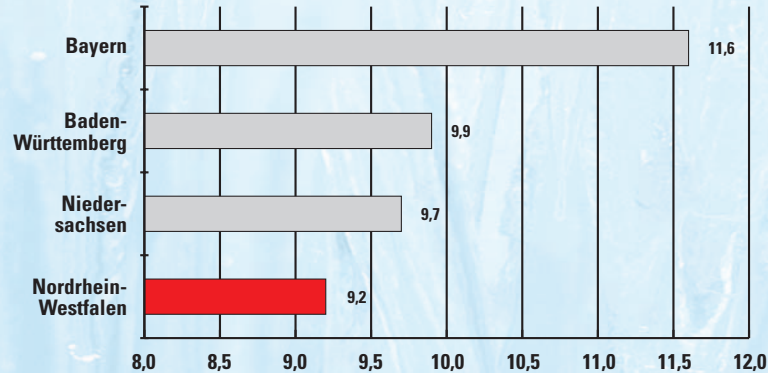
ständigkeit in der Bundesrepublik bei nur unter 10 %. Und Nordrhein-Westfalen schneidet erneut besonders schlecht ab. Verbesserung ist nicht zu entdecken.

Lag NRW im Mai 2000 noch bei 9,2 %, so sank diese in 2001 auf 9,1 %. Auch 2002 ist kaum eine Verbesserung mit 9,2 % zu entdecken. Bei der

rot-grünen Pleitenwelle in NRW ist auch nicht viel zu erwarten.

Deutlich besser dagegen Bayern. Hier waren 11,6 % der Erwerbstätigen selbstständig (ohne mit-helfende Familienangehörige). Baden-Württemberg erhöhte seinen Anteil von 2001 auf 2002 von 9,7 % auf 9,9 %. Niedersachsen schloss mit 9,7 % ab.

Selbstständigenquote, April 2002



5. Ausbildungsplätze

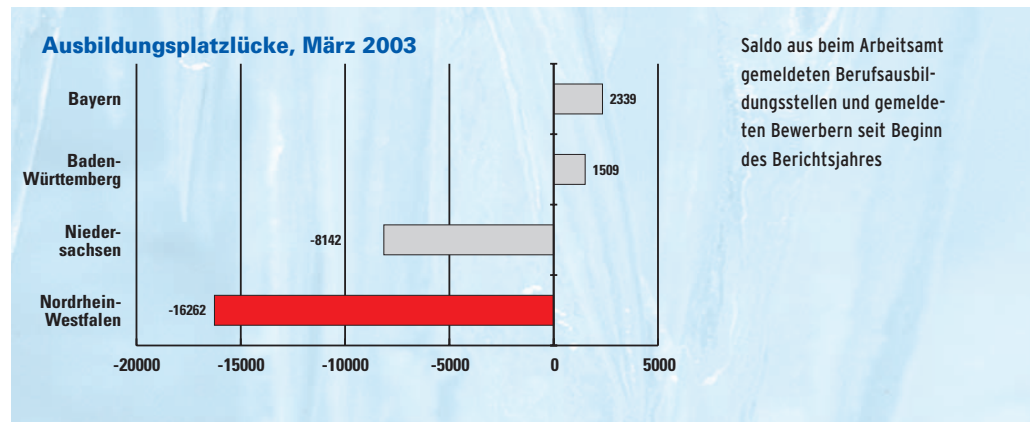
Schon seit vielen Jahren beklagen wir immer wieder die anhaltende Ausbildungsplatzlücke in Nordrhein-Westfalen. Das Thema wird in jedem Frühjahr und Sommer immer wieder aktuell, wenn die Ausbildungsplatzsuche der jugendlichen Schulabsolventen dem Ende entgegen geht und die Berufsausbildungsplätze knapper werden.

Rot-Grünes Ausbildungsplatzloch in NRW, März 2003

Mit Beginn des Berichtsjahres zur Situation bei der Ausbildung (Das Berichtsjahr beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September des folgenden Jahres) wächst die Lücke zwischen gemeldeten Berufsausbildungsstellen und Bewerbern in NRW stetig. Bis März wurden 82.092 Stellen gemeldet, aber gleichzeitig 98.354 registrierte Bewerber. Das ergibt eine Lücke – nein, eher ein riesiges

Loch – von 16.262 nach gerade einmal der Hälfte des Ausbildungsjahres. Damit verdreifachte sich dieses Loch im Vergleich zum Vorjahresmärz (95.602 Stellen, 9.9941 Bewerber) von 4.339 auf über 16.000. Eine Ausbildungskatastrophe in NRW deutet sich nicht nur an, sie steht schon in der Tür! In Bayern gab es diese Lücke bis März gar nicht. Hier gibt es ein Plus von 2.339 Stellen. Baden-Württemberg hat +1.509. Nur das in 2002 sozialdemokratisch geführte Niedersachsen ist ähnlich schlecht wie NRW mit 8.142 fehlenden Plätzen.

Zum Abschluss des letzten Berichtsjahres 2001/2002 schnitt NRW mit einem Minus von über 18.000 fehlenden Ausbildungsplätzen ab. Schon damals fiel die Zahl der Ausbildungsplätze um 7,2% in einem Jahr, während unionsgeführte Bundesländer sogar noch zulegten. Die miserablen Zahlen im März lassen Schlimmes befürchten. Die Verdreifachung der Ausbildungsplatzlücke bis März kündigt niederschmetternde Zahlen im September an. Jede dieser Zahlen ist jedoch ein junger Mensch, der nach der Schule ohne Berufsausbildung dasteht.



6 .Öffentliche Verschuldung

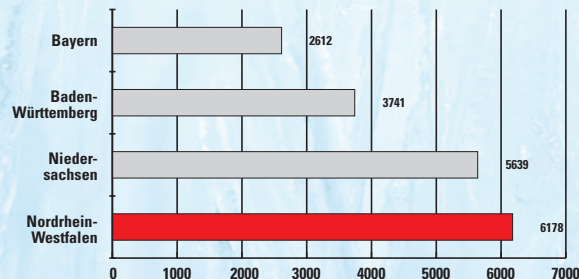
Im Frühjahr 2003 ist nicht nur die Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen schlecht wie nie, auch die öffentlichen Haushalte geraten aus den Fugen.

Viele Kommunen in unserem Bundesland unterliegen bereits jetzt einem Haushaltssicherungskonzept. Viele andere stehen kurz davor.

Der Landeshaushalt ist bereits seit einigen Jahren im freien Fall – Verfassungsmäßigkeit ist für Rot-Grün in NRW lange schon kein Maßstab mehr. Wirtschaftliche Depression, fehlendes Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit und die enorme Pleitenwelle bedeuten auch düstere Aussichten für zukünftige Spielräume der Politik. Noch höhere Steuerausfälle und steigende Sozialkosten sind die Folge.

Ohne einen wachstums- und beschäftigungsorientierten Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen wird es für die zukünftigen Steuerzahler ist NRW noch frostiger. Mit Rot-Grün wird es keine Entlastungen geben.

Schuldenbestand der öffentlichen Haushalte je Einwohner 2001



Schuldenstand im Ländervergleich

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte (Land, Kommunen und Zweckverbände) in Nordrhein-Westfalen belief sich in 2001 auf 6.178 € je Einwohner. Auch damit erreichte NRW in unserem Vergleich einen traurigen Negativrekord. In Niedersachsen betrug die Verschuldung 5.639€. Das CDU-regierte Baden-Württemberg verbuchte dagegen mit 3.741 € je Einwohner eine deutlich geringere Verschuldung.

Auf jedem Bayern lastet weniger als die Hälfte der öffentlichen Schulden als auf einem Nordrhein-Westfalen, lediglich 2.612 €.

Damit verspielte die SPD in den vergangenen Jahrzehnten ihrer Herrschaft in unserem Land viele Zukunftschancen unsrer Kinder.

Deswegen muss am Staat gespart und bei den Bürgern und Unternehmen entlastet werden, um Wachstum und Konsum endlich anzukurbeln und um uns wieder wettbewerbsfähig zu machen.

7. Exporte

Der Außenhandel ist die Stütze der Deutschen Wirtschaft. Diese Tatsache wird von allen Wirtschaftsweisen in Deutschland immer wieder bestätigt.

Deutschland – seine Mittelständler ebenso wie seine Industrie – waren schon immer begehrte Handelspartner in aller Welt

Trotzdem lohnt es sich sicherlich, auch diesen Faktor einmal bundesländer-spezifisch zu betrachten. Nicht gerade wenige negative Faktoren wirkten sich in 2002 auf die internationale Exportlage für die Bundesrepublik aus:

Der starke Euro, die unsichere Situation im Nahen Osten, die hohen Produktionskosten wegen enormer Lohnnebenkosten und das allgemeine Misstrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung Schröder: Sie alle wirken negativ auf die Außenhandelsbilanz.

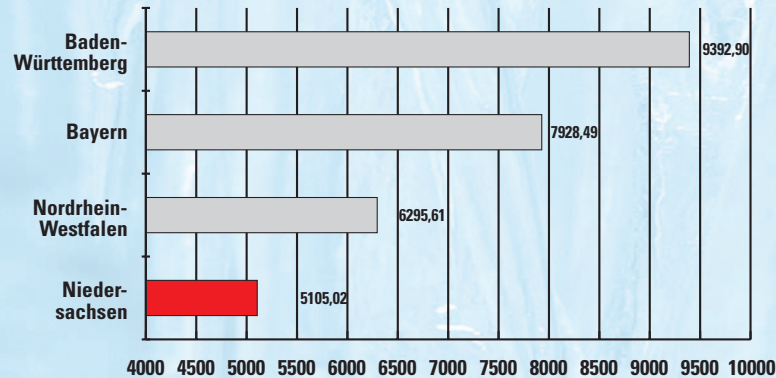
Außenhandel nach Bundesländern

Und trotzdem gelang es einem Land unseres Vergleiches, den Export pro Einwohner sogar noch zu steigern. Mit insgesamt fast 100 Milliarden Euro exportierte Bayern in 2002 pro Einwohner des Landes Waren und Dienstleistungen im Wert von 7.928,49 €

2001 waren es noch 7.746,30 €. In der wirtschaftlichen Flaute legt die CSU in Bayern sogar noch zu. Baden-Württemberg führt weiter mit 9.392,90 €.

Die bis dato sozialdemokratisch regierten Länder NRW und Niedersachsen verloren bei den Pro-Kopf-Exporten massiv. Von Exportstütze kann da keine Rede mehr sein.

Pro-Kopf-Exporte nach Bundesländern in 2002 (in €)



8. Innovation und Technologie

Vom Erfinderland keine Spur: NRW-Patentanmeldungen gehen zurück!

Dem Mittelstand und der Industrie in Nordrhein-Westfalen sind die High-Tech-Träume unseres ehemaligen Ministerpräsidenten noch sehr geläufig. Vor seinem Absprung nach Berlin verkündete Wolfgang Clement noch dem Medienstandort Nummer Eins, das Biotechnologie-Paradies und das Hochgeschwindigkeits-Verkehrsland NRW. Die Realität ist leider der Rückwärtsgang in Sachen Entwicklung neuer Ideen und Erfindungen. Richtig ist, dass Innovationen ein wichtiger Faktor für die Zukunftschancen unseres Landes sind. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen tut allerdings zu wenig dafür. Das Resultat ist Rückschritt und der Anschlussverlust an die Wettbewerber im In- und Ausland.

Patentanmeldungen in 2002

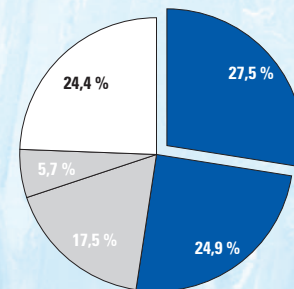
Das Deutsche Patent- und Markenamt ver-

zeichnete im Jahr 2002 in Nordrhein-Westfalen 9.025 Patentanmeldungen.

Damit liegt dieser Wert deutlich unter dem der Vorjahre. 2001 waren es noch 9.880 und in 2000 noch 10.330. Damit sanken die Patentanmeldungen in NRW in nur zwei Jahren um 12,7 %. Ähnlich sah es in Niedersachsen aus, wo die in den letzten Zügen liegende rot-grüne Landesregierung in diesem Zeitraum 16 % weniger Patente aufzuweisen hatte. Das neue Jahrtausend hatte in Sachen Innovation in Niedersachsen keinen guten Start. Von 2000 bis 2002 fiel die Zahl der Anmeldungen um 570 von 3.529 auf 2.959.

Die unionsregierten Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg machten dagegen Ihrem guten Ruf alle Ehre. Sie bauten Ihren Vorsprung aus und gewannen sogar in absoluten Zahlen dazu. Bayern steigert seine Patentanmeldungen unter Edmund Stoiber von 13.301 auf 14.144 und Baden-Württemberg unter Erwin Teufel von 12.486 auf 12.822. In Sachen Entwicklung von Zukunftstechnologien weht in Bayern der Wind und NRW dümpelt in der Flaute.

Anteil an den bundesdeutschen Patenten in 2002



Anteile der Länder an den Patenten

Bayern und Baden-Württemberg stellen 52,8 % aller Patente in Deutschland.

Damit haben sie zum ersten Mal gemeinsam die 50 %-Hürde übersprungen, behaupten ihre technologische Fortschrittlichkeit und bauen diese sogar noch aus.

Die beiden unionsregierten Länder können klar als die Innovationsregionen in Deutschland bezeichnet werden.

Mit 27,5 % der Patente, das sind noch 2,6 % mehr als im Jahr 2000, führt Bayern klar die Hitliste der Erfinderlande an. Baden-Württemberg folgt mit 24,9 % - 1,6 % mehr als 2000.

NRW und Niedersachsen fielen dagegen zurück. Nicht, weil die Menschen hier weniger leistungsfähig sind, sondern weil die rot-grünen Regierungen viel ankündigen und wenig tun.

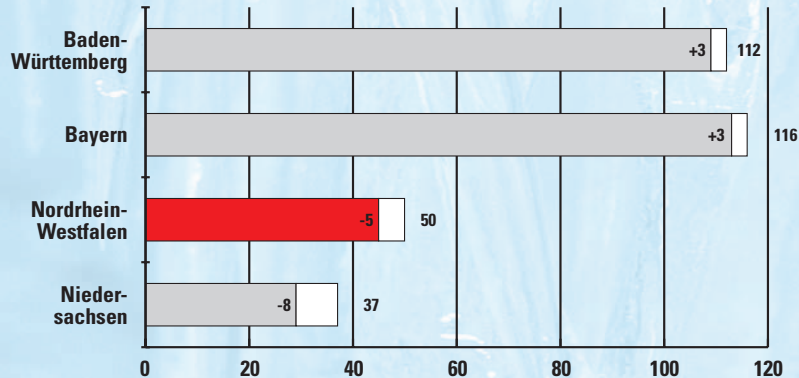
Fortschritt ist kein PR-Gag und keine Show, sondern Zukunftschance für unser Land.

Patentanmeldungen pro Einwohner in den Jahren 2000 – 2002

Auch bei den Patenten pro 100.000 Einwohner wird dieser Trend deutlich. Unionsregierte Länder legen zu, rot-grün regierte bauen ab. Bay-

ern hatte 2000 noch 110 Patente pro 100.000 Einwohner zu vermelden. In 2002 sind es bereits 116. Baden-Württemberg steigert diesen Wert von 119 auf 222. Und NRW und Niedersachsen? NRW fiel von 57 auf 50 und Niedersachsen von 45 auf 37. Soviel zum Thema High-Tech und Forschungsstandort.

Anzahl der Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner in 2002 nach Ländern sowie die Veränderung gegenüber 2000



9. Was Deutschland nötig hat ...

... ist mehr als die rot-grüne Reformagenda 2010. Dass Deutschland in der tiefsten Wirtschaftskrise seit fünfzig Jahren steckt, weiß mittlerweile jeder.

In der EU macht inzwischen das Wort vom „kranken Mann Europas“ die Runde, wenn von der deutschen Wirtschaft die Rede ist. Der „kranke Mann“ Deutschlands ist Nordrhein-Westfalen. Das machen die Zahlen des wirtschaftspolitischen Vergleichs schmerzhaft deutlich.

Schröders rot-grüne Reformagenda, dieses mit Jahrhundert-Rede angekündigte und unter äußerster Zerreißprobe der Berliner Koalitionäre auf den Weg gebrachte Paket, geht zaghaft in die richtige Richtung. Ein Wendepunkt ist es nicht.

Wir können froh sein, wenn damit 20 Prozent unserer Probleme gelöst werden. 80 Prozent

der Aufgaben bleiben weiter auf der Strecke. Machen wir uns nichts vor. Der Herbst dieses Jahres und die dann auf dem Tisch liegenden Zahlen zu Wachstum, Massenarbeitslosigkeit, Insolvenzen und Haushaltslöchern werden uns allen vor Augen führen, dass echte Reformen, die wirklich helfen, noch vor uns liegen.

Und wieder einmal ist kostbare Zeit vertan. Die dann erforderlichen Schritte werden die eigentliche Zereißprobe dieser Bundesregierung sein.

Wo sind eigentlich die konstruktiven, mutigen Vorschläge aus dem größten Bundesland NRW? Peinliche Stille vom neuen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück. Hat sich Rot-Grün an Rhein und Ruhr mit dem Posten als Schlußlicht in Deutschland abgefunden? Das Motto scheint Nabelschau und koalitionäre Düsseldorfer Selbstbeschäftigung statt mutiger Vorreiter im notwen-

digen Reform-Wettbewerb. Das haben die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmer und Selbstständigen nicht verdient.

Unsere Verantwortung als Union und MIT in Bund und Land ist klar: Wir werden ohne wenn und aber unterstützen, was Deutschland und NRW hilft, was Arbeitsplätze, Ausbildungsstellen und Wachstum schafft. Wir werden genauso rigoros alles ablehnen, was schlecht für unser Land und seine Menschen ist.

Die Grundsatzunterschiede zu Rot-Grün sind dabei klar: Wettbewerb statt Dirigismus, Eigenverantwortung statt Bevormundung, Entlasten statt Umschichten, kleine Einheiten statt gewerkschaftlich gegängelte Zentralen. Das hat Deutschland nötig!

Herausgeber

Hartmut Schauerte MdB
Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU NRW und mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-
Bundtagsfraktion

Redaktion

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf
Klaus Fenske, Stefan Simmnacher

Links

www.arbeitsamt.de
www.bayern.de
www.creditreform.de
www.destatis.de
www.lids.nrw.de
www.nls.niedersachsen.de
www.statistik-bw.de
www.statistik-bw.de/VolkswPreise/ArbeitskreisVGR
www.mit-nrw.de
www.diw.de

Quellen

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
Bayerisches Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Bundesanstalt für Arbeit
DIW: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2002/2003
Global Entrepreneurship Monitor
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen
Niedersächsisches Landesamt für Statistik
Statistisches Bundesamt
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Verband Creditreform
Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ)